

**Mitgliederversammlung der FDP Wiesbaden
am 18. November 2011**

ANTRAG NR.

Betreff: **Änderungsantrag betr. „Kinderbetreuung in Wiesbaden“**

Antragsteller: **Liberaler Frauen Wiesbaden, Christian Diers**

Die Mitgliederversammlung der FDP Wiesbaden möge beschließen:

In der vergangenen Legislaturperiode hat sich die FDP erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Stadtparlament den Ausbau im Krippenbereich von ca. 1000 Betreuungsplätzen und im Elementarbereich von ca. 650 Betreuungsplätzen beschlossen hat. Darüber hinaus konnte eine wesentliche Entlastung der Eltern dadurch erfolgen, dass das zweite und dritte Kindergartenjahr beitragsfrei wurde. Die geplante Gebührenerhöhung der Großen Koalition lehnen die Liberalen Frauen Wiesbaden ab.

Die FDP Wiesbaden begrüßt grundsätzlich den geplanten Ausbau der Krippenplätze in Wiesbaden, mit dem mehr Kinder unter drei Jahren eine Kinderbetreuung nutzen können. Krippen sind aber nur ein Baustein in der Kinderbetreuung. Hinzu kommen Kindergärten für Drei- bis Sechsjährige und Horte für Grundschul Kinder (sechs bis zehn Jahre).

Die FDP-Wiesbaden begrüßt die Entscheidung der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung, dass die derzeit ca. 4.200 Schulkinderbetreuungsplätze (Horte, Elternvereine und Betreuende Grundschulen) zu einem System umfassender Nachmittagsbetreuung an Grundschulen fortentwickelt werden sollen. Um den ambitionierten Ausbau der Krippenplätze zu erreichen, sollen neben der Errichtung von Krippenplätzen im Bestand der Kindertagesstätten und durch Neubau sukzessive an Stelle bestehender Hortgruppen Krippengruppen eingerichtet werden. Die wegfallenden Hortplätze werden durch an den Schulen einzurichtende neue Betreuungsangebote kompensiert. Hortplätze sollen aber erst dann umgewandelt werden, wenn für die betroffenen Kinder eine gleichwertige und professionelle Betreuung an der Schule gesichert ist.

Die Umwandlung der Hortgruppen erfolgt demnach Schritt für Schritt und zunächst dort, wo die Betreuung mit geringem Aufwand an der Schule untergebracht werden kann; zuletzt dort, wo an der Schule bzw. deren Areal eine Unterbringung nicht möglich ist und auf die Umgebung – zu entsprechend höheren Kosten – ausgewichen werden muss. Bei der Einrichtung zusätzlicher Betreuungsplätze / -gruppen ist die (Mit-)Nutzung bestehender Räume bzw. schulischer Infrastruktur einem Neubau vorzuziehen.

Die Betreuung für Grundschul Kinder macht Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich. Die Betreuung ist außerdem für die Kinder eine gute Lösung, die in ihren Familien nicht genügend gefördert werden. Deshalb setzen sich die Liberalen für den Ausbau der Betreuung von Grundschulkindern ein.

Für Kinder im Alter bis zu drei Jahren gibt es nicht nur die Betreuung in Krippen, sondern auch in der Kindertagespflege. Diese ist ein Baustein in der Kinderbetreuung, die sich durch familienähnliche Strukturen auszeichnet, daher besonders geeignet ist für Kleinstkinder und die neben den institutionellen Kinderbetreuungsangeboten ebenfalls zu fördern ist.

Die FDP Wiesbaden wendet sich entschieden gegen die Bestrebungen einiger Kommunen, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, der ab 2013 in Kraft tritt, in Frage zu stellen.

Die FDP Wiesbaden lehnt die sogenannte „Herdprämie“ strikt ab. Sie sieht vor, dass Eltern für die Betreuung ihrer Kleinkinder ab 2013 monatlich 100,- Euro bekommen, ab 2014 für das zweite und dritte Lebensjahr der Kinder 150,- Euro. Die Herdprämie ist Ausdruck eines überkommenen Familienbildes. Sie widerspricht dem Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Sie ist in einer Anhörung des Deutschen Bundestages Anfang Juli 2011 von nahezu allen Experten abgelehnt worden. Eine Meinung dazu lautete, die Zahlung einer Herdprämie als Ausgleich für die Nicht-Inanspruchnahme staatlicher Kinderbetreuung sei genauso unsinnig, wie wenn man den Bürgerinnen und Bürgern Geld dafür gebe, dass sie nicht die Bibliotheken oder Schwimmbäder nutzen.

Die Betreuung für Kinder jeden Alters soll in Modulen eingekauft werden können. Module entsprechen optimal den Bedarfen einer Familie. Der Bedarf kann zum Beispiel an nur zwei Tagen in der Woche bestehen, dann aber bis 20 Uhr, oder aber an drei Tagen bis 16 Uhr und an zwei Tagen bis 18 Uhr. Den unterschiedlichen Bedarfen der Familie ist mit passgenauen Betreuungsmodulen zu entsprechen.

Wiesbaden steht laut einer Studie des Deutschen Jugendinstituts und der TU Dortmund vor einem Mangel an Erzieherinnen und Erziehern: 2013 werden 557 Fachkräfte allein für die Betreuung der Unter-Dreijährigen fehlen. Bis 2020 wird ein Mangel von 694 Erzieherinnen und Erziehern prognostiziert. Um die Dimension dieses Mangels deutlich zu machen: In 2010 waren in Wiesbaden insgesamt 1.666 Fachkräfte beschäftigt! Die FDP Wiesbaden fordert deshalb die Koalition von SPD und CDU auf, ein Konzept zur Gewinnung von Fachkräften - unter Einbeziehung der Tagespflege - zu entwickeln und umzusetzen, das einen regionalen Ansatz bei der Personalrekrutierung vorsieht und geeignet ist, den Mangel zu tatsächlich zu beheben.